



Deutschland als Gestalter der europäischen Integrationslandschaft

Politischer Bericht der Präsidentin Dr. Linn Selle auf der Mitgliederversammlung 2022

EU-in-BRIEF | Ausgabe 04-2022

„Europa ist im Krieg – erstmals seit dem Zerfall des ehemaligen Jugoslawiens. Das, was wir lange Zeit als gegeben annahmen – Frieden in Europa – ist zu Bruch gegangen. Und nicht nur der Frieden ist zu Bruch gegangen. Auch demokratische Freiheiten, das Selbstbestimmungsrecht der Völker und unsere europäische Werteordnung sind in Gefahr.“
In ihrem Politischen Bericht auf der Mitgliederversammlung der Europäischen Bewegung Deutschland (EBD) e.V. plädiert EBD Präsidentin Dr. Selle für eine europäische Integrationslandschaft der Demokratie. EU-in-BRIEF dokumentiert ihre Rede im Wortlaut.

„Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter unserer Mitgliedsorganisationen, sehr geehrte Exzellenzen und Repräsentanten der diplomatischen Vertretungen in Berlin, liebe Freundinnen und Freunde der Europäischen Bewegung Deutschland,

am 19. Oktober 2021 stand ich zuletzt vor Ihnen und Euch, um der Mitgliederversammlung meinen Politischen Bericht abzulegen. Wir blickten auf den gerade zu Ende gegangenen Bundestagswahlkampf. Ein Wahlkampf, den ich vor einem Jahr als ‚spannend, offen - aber leider auch ganz schön national-provinziell‘ beschrieben habe. Nicht nur, dass europapolitische Themen nur eine Randnotiz

im Wahlkampf waren. Auch die außen- und sicherheitspolitische Verankerung der Bundesrepublik wurde nicht diskutiert. Ein national-provinzieller Wahlkampf. Und nun stehen wir hier im Oktober 2022. In einer neuen Zeit. Nach einer Zeitenwende. Europa ist im Krieg – erstmals seit dem Zerfall des ehemaligen Jugoslawiens. Und es ist die schiere Brutalität, der unverhohlene Imperialismus und Revisionismus, die uns erschrecken. Das, was wir lange Zeit als gegeben annahmen – Frieden in Europa – ist zu Bruch gegangen. Und nicht nur der Frieden ist zu Bruch gegangen. Auch demokratische Freiheiten, das Selbstbestimmungsrecht der Völker und unsere europäische Werteordnung sind in Gefahr.

Daher ist es höchste Zeit, dass Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ins Zentrum des politischen Handelns in Europa rücken. Das gilt für die deutsche Europapolitik der Bundesregierung aber auch für uns Verbände und Vereine.

Die Rechtsstaatlichkeit und unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung bilden nicht nur das ideelle Fundament unserer Gemeinschaft. Nein, beide Elemente bilden auch – ganz nüchtern betrachtet – die Grundlage für das Funktionieren unseres gemeinsamen Marktes. Denn ohne die Rechtssicherheit einer Demokratie und das Gerüst der institutionellen *Checks and Balances* gibt es keine echte wirtschaftliche Freiheit und Investitionssicherheit.

Der deutsche Irrweg in die Abhängigkeit

Nichtsdestotrotz haben wir in den letzten Jahren, in der Hoffnung auf gute Geschäfte, die europäischen Werte schleifen lassen. Das Resultat ist ein jahrelanges Festhalten am Prinzip „Wandel durch Handel“, dass sich – um ehrlich zu sein – nicht erst seit dem 24. Februar ausgelöscht hat. Das Ergebnis ist aber vor allem auch ein deutscher Irrweg. Ein Irrweg in die Abhängigkeit eines russischen Autokraten, der unsere Sicherheit mit dem Lockmittel des günstigen Gases aufs Spiel setzt.

Und, das möchte ich ganz offen sagen, das betrifft nicht nur „die Politik“. Auch wir in der EBD müssen zugeben, dass wir zu wenig kritisch auf den Bau der Ostseepipelines geschaut haben. Wir haben die mahnenden Stimmen der Europäischen Bewegungen und Schwesterverbände aus Mittel- und Osteuropa gehört, aber nicht ausreichend in unser Handeln einbezogen.

Dabei ist der russische Überfall der Ukraine nur die logische Konsequenz des imperialistischen Strebens Putins: Was heute Mariupol ist, war vor gut 20 Jahren Grosny: eine von Russland ausgebombte Stadt. Was heute die südöstliche Ukraine ist, musste Georgien bereits 2008 in Ossetien erleben: ein von Russland besetztes Land. Selbst die Stimmen unserer europäischen Verbündeten, unseres Sicherheitsgaranten – der USA – und auch nicht die Krim-Annexion im Jahr 2014 ließen Deutschland davon ab, den Weg in die energiepolitische Abhängigkeit zu gehen. So folgte ab 2015 Nord-Stream 2. Zu einem Zeitpunkt als Putin bereits Krieg in der Ostukraine führte.

Vor dem Hintergrund dieses Scherbenhaufens, den uns das Prinzip „Wandel durch Handel“ hinterlässt, sind wir nun alle in der Verantwortung, konsequent gesamteuropäisch und strikt werteorientiert zu handeln.

Wir brauchen eine echte Investition in die europäische Integrationslandschaft der Demokratien!

Daher plädiere ich für ein neues strategisches Denken, das Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Europa-, Handels- und Außenpolitik nicht als Randnotiz sieht, sondern als Fundament zur Sicherung unserer Souveränität, unserer Versorgungssicherheit und damit auch unseres Wohlstandes. Wir brauchen eine echte Investition in die europäische Integrationslandschaft der Demokratien!

Ich begrüße es sehr, dass die Ampel-Koalition sich proaktiv in die Europapolitik einbringt. Der Koalitionsvertrag, die Prager Rede des Bundeskanzlers und die Bemühungen um

Fortschritte in den EU-Beitrittsgesprächen auf dem Westbalkan sind ermutigende Zeichen.

Aber Sie alle wissen: Papier ist geduldig. Darum werden wir uns im kommenden Jahr natürlich kritisch über die Halbzeitbilanz der Regierung beugen, um sie an ihren Versprechen zu messen. In ihrer Europapolitik sollte die Bundesregierung eine freiheitlich-demokratische Integrationslandschaft mitgestalten, die sich an zwei Kernelementen orientiert:

- Erstens, ein festes Wertegerüst, das die EU nach innen wie auch nach außen festigt.
- Zweitens, die Offenheit und den Gesamtblick für ein Europa, das größer ist als die EU27.

Verbunden mit dieser Vision einer freiheitlich-demokratischen Integrationslandschaft möchte ich drei Forderungen an die Bundesregierung richten:

Beitrittsperspektiven eröffnen, Reformdynamiken auslösen

Erstens muss die deutsche Bundesregierung an einer Beitrittsperspektive für alle europäischen Staaten arbeiten, die unsere Werte teilen.

Daher war es mir ein persönliches Anliegen, mich bereits Anfang März für beides auszusprechen: eine Beitrittsperspektive für die Ukraine und klare Fortschritte im EU-Erweiterungsprozess mit den Westbalkan-Staaten. Wir begrüßen daher ausdrücklich die neue Dynamik im „größeren Europa“: Die Verleihung des EU-Kandidatenstatus an die Ukraine und Moldau wie auch der Beginn der

Beitrittsverhandlungen mit Nord-Mazedonien und Albanien machen Mut.

Beide Entscheidungen haben Signalwirkung, gerade im Lichte der russischen Aggression. Sie geben eine Perspektive und können eine Reformdynamik für Wirtschaft und Demokratie in diesen Ländern auslösen. Damit das gelingen kann, bin ich der festen Überzeugung, dass wir auf bestehenden demokratischen Strukturen in den Gesellschaften der Kandidatenländer – wie z.B. die Jugendverbände - aufbauen müssen. Sie sind – wie wir aus unseren persönlichen Erfahrungen wissen – das Rückgrat freiheitlicher-demokratischer Gesellschaften.

Darum plädiere ich für einen Demokratie-Bonus in den EU-Heranzuführungshilfen, der demokratisch organisierte Verbände und Vereine bevorzugt fördert. Nur so können wir die Kopenhagener Kriterien mit Blick auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit nachhaltig erfüllen.

Dazu gehört für uns als EBD natürlich auch, unsere Schwesterorganisationen zentral zu stärken. Meine Hoffnung ist es auch immer noch, dass sich – nach dem vergeblichen Werben 2014 – eine Europäische Bewegung Ukraine gründen wird, was wir gerne unterstützen werden.

Gleichzeitig braucht die EU-Erweiterungspolitik eine neue Glaubwürdigkeit. Das bedeutet: Vorteile und mehr Engagement für demokratische und rechtsstaatliche Reformdynamiken.

Das bedeutet aber auch, dass wir klare rote Linien und eine einheitliche EU-Strategie brauchen, wie wir mit „schwierigen“ Partnern umgehen. Ich denke hier besonders an Serbien und die Türkei. Schließlich scheinen sich beide Länder immer mehr vom europäischen Demokratiefeld zu entfernen.

Doch möchte ich auch mit Blick auf die nächsten türkischen Wahlen und die gesellschaftlichen Kräfte nicht die Hoffnung auf demokratischen Wandel aufgeben.

Die Europäischen Institutionen müssen den Erfordernissen der Zeitenwende angepasst werden!

Eng verknüpft mit der Frage zur Ordnung der europäischen Integrationslandschaft und des „Größeren Europas“ ist die Notwendigkeit eines aktiven deutschen Gestaltungsanspruchs innerhalb der europäischen Institutionen. Daher müssen wir endlich die europäischen Institutionen den Erfordernissen der Zeitenwende anpassen.

Dies gilt für die EU aber auch für den Europarat, der in der aktuellen Debatte um institutionelle Reformen mitgedacht werden muss, da er heute schon das „größere Europa“ strukturiert.

Mit Blick auf die EU haben wir bereits 49 sehr gute Reformvorschläge vorliegen, die die Konferenz zur Zukunft Europas ausgearbeitet hat.

Nun müssen die Parlamentarier:innen mit den Exekutiven der Mitgliedsstaaten diese Reformdebatte mit Entschlossenheit vorantreiben.

Das bedeutet zuallererst, das Potenzial der bestehenden EU-Verträge voll auszuschöpfen. Gerade der Vorschlag zur EU-Wahlrechtsform des Europaparlaments liegt seit mehreren Monaten im Rat, ohne dass es erkennbare Fortschritte gibt.

Zweitens müssen wir es angesichts der Herausforderungen zumindest wagen, über

die Notwendigkeit für Vertragsveränderungen zu debattieren. Daher unterstütze ich die Kommissionspräsidentin wie auch das Europaparlament in ihrem Aufruf, diese Debatte zu unserer Zukunft in Europa zu führen und erwarte eine Position des nächsten Europäischen Rates zur Einsetzung eines Konvents.

Denn so schön es auch ist, über die Möglichkeiten des Übergangs von einstimmigen Entscheidungen zu Mehrheitsentscheidungen in einzelnen Politikbereichen zu diskutieren: Am Ende wird es – wie so oft in der Europäischen Union – eine Paketlösung geben müssen, um wirklich voran zu kommen!

Drittens ermutige ich unsere Mitgliedsparteien, die Vorschläge der Zukunftskonferenz auch für ihre Wahlprogramme für die Europawahl 2024 als Basis zu nehmen. Sie sollten auf dem Fundament der 49 Vorschläge aufbauen.

Bei Stillstand braucht es Mut zur Verstärkten Zusammenarbeit

Leider gehört aber auch zur Realitätsanalyse dieser Tage, dass wir nicht immer zusammen mit den EU-27 vorangehen werden können.

Daher – und das ist meine dritte Forderung – wünsche ich mir bei Stillstand und andauernder Verhandlungsblockade, den Mut, mit einer kleinen Gruppe voranzugehen. Es braucht eine Verstärkte Zusammenarbeit im Kreis derer die willens sind sich tiefer zu integrieren.

Der Euro, die Errungenschaft der Schengen-Freizügigkeit, die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit in der Verteidigungspolitik: Europas erfolgreichste Integrationsschritte entspringen dem Mut weniger

Mitgliedstaaten. Die Projekte haben Anziehungskraft ausgeübt und sind heute nahezu deckungsgleich mit der EU-Mitgliedschaft.

Mit Bedacht für den Zusammenhalt der Union und mit Blick auf die Achtung unseres gemeinsamen Binnenmarkts fordere ich daher, eine Debatte zur Verstärkten Zusammenarbeit zu führen.

Denn sie können ein Stein des Anstoßes für Fortschritt und mehr Realitätssinn in der EU sein. Und würden im Übrigen einige Staaten zwingen Farbe zu bekennen.

Lassen Sie uns in Kriegszeiten auf unsere Werte setzen!

Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter unserer Mitgliedsorganisationen, liebe Freundinnen und Freunde der Europäischen Bewegung Deutschland,

Die EBD hat die demokratische und die europäische Verankerung unserer Bundesrepublik von Anfang an begleitet.

Deutschland ist in den letzten 70 Jahren nur durch die EU und durch das Festhalten an Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu einem wettbewerbsfähigen Land in Wohlstand geworden.

Die Bundesregierung sollte daher auf die Gemeinsamkeit einer europäischen Integrationslandschaft setzen, die auf ihre Stärken der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie aufbaut.

Verbände und Vereine sollten über ihr weit verzweigtes Netzwerk durch Auslandsbüros und Schwesterorganisationen in den europäischen Staaten daran mitwirken

Vereinigungsprozess im Sinne einer *Europäischen Public Diplomacy* stärken.

Lassen Sie uns daher in diesen Kriegszeiten auf unsere Werte setzen.

Denn dieser Krieg gilt uns - unserer Wirtschaftsordnung, unserer Wertegemeinschaft, unserem freiheitlich-demokratischen Europa.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“



Über die Autorin

Dr. Linn Selle ist seit 2018 Präsidentin der Europäischen Bewegung Deutschland e.V. (EBD). Sie wurde 1986 im westfälischen Havixbeck geboren. Nach ihrem Studium der Politikwissenschaften in Bonn und Paris absolvierte sie einen Master in European Studies an der Viadrina-Universität Frankfurt/Oder, wo sie 2017 ihre Promotion zur parlamentarischen Haushaltshoheit beim EU-Haushalt beendete. Seit 2014 ist sie Mitglied im Vorstand der EBD und wurde im selben Jahr mit dem „Preis Frau Europas“ ausgezeichnet. Hauptberuflich ist sie seit Juni 2021 Leiterin des Referats A3 (Europa) in der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen beim Bund.

Kontakt: info@netzwerk-ebd.de

Beim Zitieren dieses Artikels verweisen Sie bitte auf:

Impressum

EU-in-BRIEF | Analysen – Positionen – Vorausschau ist ein kostenloses Informationsangebot im PDF-Format des Netzwerks Europäische Bewegung Deutschland.

ISSN-Nummer:

Zitier-Hinweise: Bisher wurden keine verbindlichen Regeln zur Zitierweise digitaler Publikationen geschaffen. Daher bitten wir, folgende Angaben zu übernehmen, wenn Sie einen unserer Texte zitieren möchten: Autoren des Textes, Titel des Textes, Internetadresse wie angegeben. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

© **Europäische Bewegung Deutschland e.V.**

Alt-Moabit 92 | D-10559 Berlin
T +49 30 3036201-10 | F -19
info@netzwerk-ebd.de

Herausgeber: Bernd Hüttemann (V.i.S.d.P.)

Mehr Wissen!

Auf der Website der EBD erfahren Sie alles Wesentliche über unsere Organisation und können kostenfrei auf eine Vielzahl von Informationen zu Europa zugreifen: <http://www.netzwerk-ebd.de>

Die Europäische Bewegung Deutschland e.V., gegründet 1949, ist das größte zivilgesellschaftliche Netzwerk in Deutschland und institutioneller Partner des Auswärtigen Amtes.